H 20079

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (vormals WSL-D)

34. Jahrgang Nr. 5 September / Oktober 2003

„Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie. … Da sie aber das hörten, gingen sie hinaus, einer nach dem anderen, von den Ältesten an bis zu den Geringsten.“

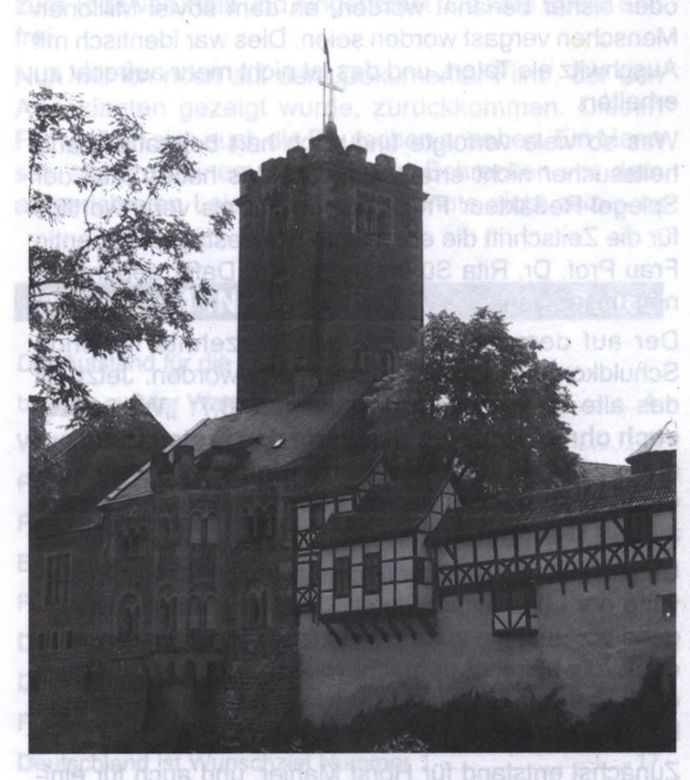
(Johannes 8, 7)

Das große Verdienst

Die deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, deren Präsidentin Frau **Prof. Dr. Rita Süßmuth** ist, hat in nicht zu überschätzender Weise dem deutschen Volk gedient. In ihrem Mai-Heft 2002 brachte sie den Beitrag des leitenden Spiegel-Redakteurs mit dem Titel **„Die Zahlen der Opfer von Auschwitz - Neue Archivfunde“**. Darin wird anhand der Entdeckung neuer Dokumente ein völlig verändertes Bild des Geschehens in Auschwitz während des Zweiten Weltkrieges gezeichnet.

Da sowohl angesehene Wissenschaftler dahinter stehen, als auch deutsche Richter in Veröffentlichung und Verbreitung dieses Artikels keinerlei strafbare Handlung, insbesondere keinen Verstoß gegen § 130 StGB, sahen, ist damit ein neues Faktum in der deutschen Nachkriegsgeschichte geschaffen. **Fritjof Meyer**, der Spiegel-Redakteur, beweist mit diesem Artikel, daß

- **Dr. Wilhelm Stäglich** mit seinem „Auschwitz-Mythos“ recht hatte,
- all diejenigen unverdient bestraft wurden, die die ungeheure Zahl von 6 (jetzt sind es sogar 8) Millionen vergaster Juden öffentlich in Zweifel zogen,
- **Fred Leuchter** und **Germar Rudolf** zu recht die Krematorien als Orte der Vergasung in Frage stellten,
- die unter schwerster Folter vom Lagerkommandanten Höß gemachten Aussagen nicht als glaubhafter Beweis genommen werden können,



Die Wartburg in Thüringen - Symbol des Deutschen Geisteslebens und Freiheitswillens

- immer noch Unsicherheiten bei Orts- und Zahlenangaben vorliegen.

So sagt Meyer doch ausdrücklich, daß **„mutmaßlich** 510.000 Tote festzustellen" seien, davon **„wahrscheinlich** 356.000 im Gas ermordete." (a.a.O., S. 641)

Die in Moskau verwahrten Totenbücher von Auschwitz geben etwa 76.000 Tote an.

Zitat von Fritjof Meyer: „Der tatsächlich begangene Genozid fand **wahrscheinlich überwiegend** in den beiden umgebauten Bauernhäusern außerhalb des Lagers statt; vom ersten, dem ‚weißen Haus' oder Bunker I wurden erst jüngst die Fundamente entdeckt." (a.a.O. S. 632)

Günter Deckert, Horst Mahler und weitere wahrheitssuchende deutsche Bürger haben daraufhin Anzeige gegen den Herausgeber der Zeitschrift und den Verfasser des Artikels als auch Selbstanzeigen wegen Weitergabe dieses bisher als Volksverhetzung strafbaren Inhalts des Artikels erstattet.

Die Staatsanwaltschaften von Berlin, Stuttgart, Bochum, Lübeck und Bielefeld schlossen sich – doch wohl nach Prüfung des beigefügten Artikels – offenbar der Auffassung der Selbstanzeiger an, daß es „den Holocaust im Sinne eines einzigartigen und unvergleichbaren Menschheitsverbrechens nicht gegeben hat". (Zitat aus dem ebenfalls der Selbstanzeige beigefügten Manifest) Sie stellten die Strafverfolgung ein.

In dem Manifest wird aufgezählt, wieviele entsprechende Verbrechensopfer anderer Völker – z. B. Dresden und Hiroshima – vorliegen, und unvergleichlich höhere Opferzahlen bei den Rheinwiesen- und Vertreibungsopfern.

Das Fazit ist also eindeutig: **Den** staatlicherseits wissenschaftlich vorgeplanten Holocaust wie bisher behauptet gab es nicht. Es ist kein anderer Ort bekannt oder bisher benannt worden, an dem soviel Millionen Menschen vergast worden seien. Dies war identisch mit Auschwitz als Tatort, und das ist nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Was so viele verfolgte und auch hart bestrafte Wahrheitssucher nicht erreicht haben, das haben jetzt der Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer und als veranwortlich für die Zeitschrift die ehemalige Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth bewirkt. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

Der auf dem deutschen Volk Jahrzehnte lastende Schuldkomplex ist damit zunichte geworden. Jetzt gilt das alte Evangelienwort, Johannes 8,7: **„Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie. ... Da sie aber das hörten, gingen sie hinaus, einer nach dem anderen, von den Ältesten an bis zu den Geringsten."**

Unser Dank gilt darüber hinaus allen, die an der Entlarvung der Lüge mitarbeiteten. Jetzt liegt eine neue Aufgabe vor uns, die zu ergreifen ist: Diese Tatsache muß dem Volk bekannt gemacht werden, und den Juristen, denn von der Gegenseite wird verständlicherweise alles versucht werden, um das zu verhindern.

Zunächst entstand für Horst Mahler, und auch für einige andere Deutsche die Notwendigkeit, den Tatort der Lüge zu reinigen. Es sollte die Wahrheit gerade dort, wo die vor dem WTC-Einsturz größte Lüge des 20. Jahrhunderts erfunden wurde, verkündet werden.

Ohne Schuldzuweisung, ohne Wehklagen, ohne Haß!

Es wäre dies eine heilsame Handlung gewesen, doch sie wurde verhindert. Dabei kursierten bald die absurdesten Gerüchte durch den Blätterwald. Was geschah wirklich?

Da im Zeitalter des Großen Bruders nichts mehr geheim zu halten ist, und es auch nicht um Geheimniskrämerei, sondern um Offenkundigkeit und Wahrheit geht, wurde dem Staatsschutz das Datum der geplanten Aktion bekannt. Horst Mahler wurde genau für diese drei Tage die Ausreise nach Polen verboten, mit der Begründung:

„Unter dem Gesichtspunkt der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Vernichtung von 8 (!) Millionen Juden würde die Durchführung der von ihm geplanten Aktion erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 Paßgesetz gefährden. Das internationale Ansehen und Vertrauen zur Bundesrepublik Deutschland würde damit untergraben werden."

Auch der brandenburgische Innenminister Schönbohm muß noch mit den neuen Erkenntnissen bekannt gemacht werden.

Es gab verschiedene Alternativen, auf diese Maßnahme zu reagieren, die gemeinsam zu überlegen waren. Die Entscheidung fiel auf: trotz Behinderung jetzt handeln, und im Herzen Deutschlands, in Thüringen.

So wurde auf einer erhabenen, kreisrunden Aussichtsplattform im Angesicht der Wartburg die feierliche Handlung vollzogen, die in Auschwitz zum Schaden der Judenheit verhindert wurde. Denn die Wahrheit ist nicht aufzuhalten, und „weh dem, der lügt". Ihm kann Vergebung nur aus gelebtem Christentum werden.

Den Ablauf der Handlung entnehmen Sie bitte dem Internetbericht Horst Mahlers, den wir auf Seite 4 abdrucken.

Gedanken wirken. Sie sind geistige Kräfte.

Denken wir das Verkehrte ins Rechte und vergessen wir nicht: **Die Wahrheit siegt.**

Ursula Haverbeck

Helfen Sie mit, die Medien und die Juristen, Ihre Freunde und Nachbarn aufzuklären. Warten Sie nicht auf andere, Sie selber sind gefragt.

Der Holocaust im Nürnberger Tribunal

Einige Auszüge aus der Arbeit einer alten Weggefährtin im Anti-Atom-Kampf, **Paula Pfriem**.

Anhand der von **Joachim Fest** 2001 vorgelegten Biographie **Alfred Speers** wird der Frage nachgegangen: Was sagten die 21 angeklagten Führungspersönlichkeiten im Dritten Reich zu diesem Thema?

Seite 515: „Der Prozeß wurde mit der großen, vernichtenden Anklagerede des amerikanischen Hauptanklägers Robert H. Jackson eingeleitet. Immerhin ermutigte mich ein Satz daraus, der die Schuld für die Verbrechen des Regimes den einundzwanzig Angeklagten anlastete, nicht aber dem deutschen Volk."

Das war, wenn sie die Antwort Roosevelts an Churchill im Spiegel lesen, eine glatte Lüge. Churchill unterbreitete Roosevelt den Plan „Thunderclap" (Donnerschlag), nach dem 220.000 Berliner bei einem einzigen Großangriff von 2.000 Bombern verwundet oder getötet werden sollten. Roosevelt stimmte grundsätzlich zu. „... wir müssen hart mit Deutschland umgehen, und ich meine die Deutschen, nicht nur die Nazis, Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder ihm so eine Behandlung verpassen ..." Auch im Hinblick auf die erwähnten Bücher „Germany must perish" und „What to do with Germany" war es Lüge.

Auf **Seite 396** finden wir: „Rund zehn Tage nach der Verlesung der Anklageschrift kam es zu einem Einschub, der den Angeklagten die unerschütterte, teils beleidigte, teils zynische Laune verdarb. Comander Donovan führte einen Dokumentarfilm vor, den amerikanische Truppen während des Einrückens in verschiedene Konzentrationslager angefertigt hatten und der nach den einführenden Worten von Thomas Dodd „in kurzer und unvergeßlicher Form eine Erklärung dessen liefern sollte, was das Wort Lager bedeutete". Nahezu alle Angeklagten reagierten mit sichtlichem Entsetzen auf das Höllenszenario..."

Seite 521: „Ihren eigenen Anteil an diesen Ereignissen dagegen bestritten sie."

Fritsche, höchster Beamter von Goebbels Propagandaministerium, wurde freigesprochen. Er rettete seinen Kopf, indem er die Grundlage der Anklage nicht in Zweifel zog – obwohl er nicht daran glaubte. In seinem Buch „Das Schwert auf der Waage" (London 1953) steht folgendes: „Ich sprach mit **Göring** vor seinem Freitod, dieser sagte: **„die Gaskammern sind Propagandaschwindel! Hitler hätte niemals zu dem Gasmord an den Juden seine Zustimmung gegeben."**

Wir müssen uns bei unseren unvoreingenommenen Bemühungen klar machen, daß es zu dieser Zeit noch keine gerichtsoffenbare Gewißheit über die „Judenvernichtung" gab. Auch das Wort „Holocaust" war noch nicht genannt. Aber hier, in diesen Monaten in Nürnberg, wurde die Lüge festgezurrt. Keiner der Angeklagten bekannte sich dazu, etwas davon gewußt zu haben. Aber ebenso gilt auch die Tatsache, die Speer erwähnt, keiner hat Einspruch erhoben. Göring sprach von „unglaublichen Dingen, die vor uns verheimlicht wurden." Heß sagte, **„er glaube das nicht"**. Aber was hatten diese Aussagen noch für ein Gewicht? Obwohl es sich um ganz frühe Genossen Hitlers handelte, und beide Stellvertreter des Führers waren!

Als Fest die Biographie von Speer verfaßte, mit großer Gewissenhaftigkeit und einem bewundernswerten Fleiß, war aber der Holocaust längst weltbekannt. Das zeigt sich selbstverständlich in der ganzen Haltung von Fest gegenüber dem Beschriebenen. **Man zweifelt eher an der Glaubwürdigkeit von Speer, als an der „Tatsache" des Holocaust.** Fest meint, Speer wollte mehr seinen Namen, oder das was davon übrig war, als seine eigene Haut retten. Er glaubt nicht, daß Speer nichts von dem Befehl „zur Vernichtung der Juden" gewußt habe. Daß niemand aus seiner Umgebung ihm davon etwas gesagt habe, erscheint Fest unmöglich. Deshalb glaubt er eher eine Spaltung der Persönlichkeit Speers feststellen zu müssen.

Nachdem Speer wieder in Freiheit war, wurde er von Freunden immer wieder gefragt, ob er nicht endlich Farbe bekennen will. „Es ist doch ganz unmöglich, daß Du, der Du mit Hitler so eng zusammenlebtest nichts davon gewußt haben willst." Aber Speer blieb bei seinem Nein. War er verstockt, oder war er ehrlich?

Nehmen wir nun einmal an, Speer sprach die Wahrheit. Sollte er lügen, um endlich seine Ruhe zu haben? Nicht einmal **Adolf Eichmann**, den man 1960 aus Argentinien nach Jerusalem entführte und den Prozeß machte, tat ihnen den Gefallen. Er kannte ja zu der Zeit schon das Weltbild des Holocaust. Aber in seinem kugelsicheren Glaskasten **bestritt er, je etwas von Vergasungen gehört zu haben**. Er habe nur seinen Befehl zur Deportation der Juden ausgeführt. Europa sollte judenfrei werden. Das waren seine Aussagen. 1961 wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Da kam Speer erst frei.

Nun will ich noch auf den „Dokumentar-Film", der den Angeklagten gezeigt wurde, zurückkommen. Diesen Film sollten sich auch die Deutschen ansehen. Ein Mann sah sich zu seinem namenlosen Schrecken vor dem aufgerichteten Leichenberg. Es konnte nicht sein – er

AUS DEM INHALT **Seite**

Der Aufstand für die Freiheit begann auf der Wartburg 4
Wann wir schreiten 5
Prof. Dr. Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat 6
Brief an Horst Mahler 9
Fluch der Freiheit 12
Das System 14
Der schmutzige Krieg ums Öl 15
Funkwellen und ihre destruktiven Begleiter 16
Deutschland ist Wunschziel Nummer 1 17
Folter und Geheimdienstterror 19

war nie in einem Konzentrationslager gewesen. Da bat er einen Freund, mit ihm den Film anzusehen. Und richtig, der Freund bestätigte ihm „das bist eindeutig du". Er selbst hatte sich das Bild genauer angeschaut und den Leichenberg erkannt. Er war als Arzt nach den letzten Bombenangriffen auf Dresden dabei gewesen.

Im Spiegel Nr. 2 vom 06.01.2003 können Sie nun lesen: „In Berlin forderte der „Donnerschlag" am 3. Februar 1945 rund 3000 Tote, in Dresden kam es zum gewünschten Feuersturm. In der Elbmetropole reichten die Kräfte der Überlebenden nicht aus, die nach Zehntausenden zählenden Toten zu beerdigen; Bergungskommandos mit KZ-Erfahrung mußten Scheiterhaufen errichten."

In dem von Fest erwähnten Film sah man Leichenberge und Traktoren, die das „Lagergelände" von den Kadavern räumten. Das ganze könnte sich so in Dresden abgespielt haben. Für die Bergungskommandos könnten Lagerinsassen der KZs angefordert worden sein. Von all dem hatten die Angeklagten in Nürnberg keine Ahnung. Sie hatten ja auch keinen Verdacht, daß sie hier belogen werden sollten. Wir heute dürfen uns solche Fragen stellen.

Paula Pfriem

Kommentar: Wir dürfen nicht, wir müssen uns dieser Frage stellen. Sie muß öffentlich ohne jeden Vorbehalt erörtert werden. Der größte Schandfleck auf der Völkergeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, das „Nürnberger Tribunal", muß bereinigt werden.

Der Aufstand für die Wahrheit begann auf der Wartburg

Horst Mahler eröffnete die feierliche Handlung mit der Anrufung des Deutschen Volksgeistes:

Sieghafter Geist
Durchflamme die Ohnmacht
Zaghafter Seelen.
Verbrenne die Ichsucht,
Entzünde das Mitleid,
Daß Selbstlosigkeit,
Der Lebensstrom der Menschheit,
Wallt als Quelle
Der geistigen Wiedergeburt.
(Rudolf Steiner, am 20. September 1919)

Nach stiller Besinnung sprach er dann die vier alles beinhaltenden Sätze, die jeweils von zwei Sprechern aus dem Kreis der anwesenden Reichsbürger wiederholt wurden:

Die Wahrheit siegt!
Die Lüge vernichtet sich selbst!
Den Holocaust gab es nicht!
Das Deutsche Reich kommt im Aufstand des Deutschen Volkes zu sich.

Während der Feier wehten die schwarz-weiß-rote Fahne des 1871 wiederhergestellten Deutschen Kaiserreichs und die Fahne des Deutschen Kollegs – liegendes schwarzes Kreuz in Gold gefaßt auf rotem Grund – , die als Staatssymbol des wieder zu sich kommenden Deutschen Reiches vorgeschlagen ist. Zwischen den Fahnen flatterte eine meterlange Schriftrolle mit über hundert Namen von Personen, die von der Jüdischen Besatzungsmacht als „Revisionisten" und „Holcaustleugner" verfolgt wurden und teilweise immer noch verfolgt werden. Ihrer wurde in Dankbarkeit gedacht.

Der zeremonielle Akt klang aus mit der gemeinsam gesungenen Hymne:

Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
zu unserem Land.
Es zu erhalten
und zu gestalten sind wir gesandt.
Mögen wir sterben, unseren Erben
gilt dann die Pflicht,
es zu erhalten
und zu gestalten:
Deutschland stirbt nicht.

Als die Gruppe nach zweistündigem Aufenthalt auf der Wartburg zu den auf dem Parkplatz bereitstehenden Fahrzeugen zurückkehrte, traten dort Kriminalbeamte der BRD, der „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft" (Carlo Schmid), an Horst Mahler heran, um ihm zu eröffnen, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingeleitet sei. Dieser Schritt wurde damit begründet, daß während der Kundgabe in der Wartburg „ein Transparent mit volksverhetzendem Inhalt" gezeigt worden sei. Den Wortlaut desselben vermochte der Wortführer des Kripo-Kommandos nicht aufzusagen. „Irgendwas von ‚Holocaust' sei zu lesen gewesen." Die Beamten wirkten lustlos.

Auf der Rückreise nach Vlotho wurde etwa 10 km von der Wartburg entfernt der von Ursula Haverbeck chauffierte Pkw von vier Fahrzeugen des behördlichen Spitzeldienstes gestoppt. Der Beifahrer – ein Arzt aus Bochum – wurde von uniformierten Polizeibeamten mit gezogener Pistole zum Verlassen des Fahrzeugs aufgefordert. Dieses wurde anschließend – einschließlich des Reisegepäcks – gründlich durchsucht. Dabei fielen der Polizei die auf der Wartburg gezeigten Transparente sowie die erwähnte Schriftrolle mit den Namen der Holocaustverfolgten in die Hände.

Gleichlaufend mit der Feierstunde auf der Wartburg wurde zur Aufhellung des geistigen Hintergrundes etwa 300 der wichtigsten Medien, diplomatischen Vertretungen sowie meinungsbildenden Persönlichkeiten im In- und Ausland die aus Anlaß der geplanten Tatortbesichtigung in Auschwitz von Horst Mahler zusammengestellte und herausgegebene CD „Aufstand für die Wahrheit – Auschwitz am 30. Juli 2003" zugestellt.

Horst Mahler, am 31.07.2003

Wann wir schreiten Seit an Seit und die alten Lieder singen Und die Wälder widerklingen, fühlen wir, es muß gelingen: Mit uns zieht die neue Zeit.

(Worte: Hermann Claudius)

Beitrag von Ursula Haverbeck am 5.7.2003 in Berlin beim Freudenfest von Baldur Springmann

Liebe Landsleute!

„Wann wir schreiten Seit an Seit", haben wir soeben gesungen, und sind gemeinsam dahingezogen mit der Polizei, der ich an dieser Stelle herzlich danken möchte für ihren Schutz und ihre Begleitung. Aber neben uns zogen auch dahin die Antifa und Chaoten mit ihrem Gegröle „Nie wieder Deutschland", Sie haben damit eindrücklich demonstriert, daß bei ihnen, auch in ihrem chaotischen Auftreten, die Zukunft unseres Landes und überhaupt der Menschen nicht liegen kann. Sie haben uns auch zugleich damit mehr Aufmerksamkeit und eine größere positive Resonanz bei der zuschauenden Bevölkerung verschafft. Auch dafür ist zu danken.

In dem Lied heißt es weiter: „Mit uns zieht die neue Zeit." Diese neue Zeit ist nur zu gewinnen, wenn wir wirklich Seite an Seite gemeinsam vorgehen, nicht gegeneinander, nicht verfeindet. Und dieses Schreiten geht immer vorwärts. Ein Rückwärtsschreiten gibt es nicht.

Der Weg, auf dem wir so miteinander voranziehen, der kommt aus der Vergangenheit. Er ist uralt und führt nach vorn. Wohin? In welche Zukunft?

Das, liebe Freunde, bestimmen wir gemeinsam. Wir, denn „Wir sind heut und morgen", wie es so richtig in einem anderen Lied heißt: „Alles was die Zeit erschafft, liegt in uns verborgen, bildet unsere Kraft".

Wir müssen uns nur dieser unserer Kraft bewußt werden, dann ist alles möglich, auch das heute noch unmöglich Erscheinende.

Stellt Euch einen Feldweg vor, im Sommer staubig, im Herbst voller wassergefüllter Schlaglöcher. Der Landwirt läßt ihn glätten und asphaltieren. Auch die Rollschuhlaufenden Kinder freuen sich darüber. Doch plötzlich bildet sich auf der glatten, schönen Oberfläche eine kleine Beule. Seltsam, gestern war sie doch noch nicht da. Und wieder ein paar Tage weiter, da bricht die Straßendecke auf. Etwas Grünes wird sichtbar, nicht Eisen, nicht Stein, nein ein ganz zartes, weiches Löwenzahnblatt hat sich da durch den harten Asphalt hindurchgearbeitet, hat durchbrochen, was alles Lebendige abtöten sollte.

Welch ungeheure Lebenskraft dieser kleinen Pflanze, die bald mit ihrer goldgelben Blüte wie eine kleine Sonne über den naßblauen Asphalt leuchten wird.

Sollten nicht wir, was der Löwenzahl kann, auch vermögen? So wie einst unsere Eltern oder Großeltern die Ruinen und unendlich erscheinenden Trümmerberge in dieser Stadt mit ihrer Hände Arbeit, mit Hacke und Schaufel forträumten, so müssen wir aufs neue aufräumen. Wir sollten unserer Vorderen dabei dankbar gedenken.

Alles das, was sich über unser schönes und tapferes, über unser arbeitsames, ehrliches, anständiges und singendes Volk beinahe erstickend gewälzt hat, müssen wir abschütteln, auskehren, damit das echte deutsche Gesicht wieder hervortreten kann.

Liebe Landsleute, die Aufgabe ist nicht kleiner geworden. Doch bedenkt: „Nichts, was groß ist auf dieser Welt, ist dem Menschen geschenkt worden. Alles muß bitter schwer erkämpft werden. Auch die Erhebung eines Volkes wird nicht leichthin Wirklichkeit, auch sie muß innerlich errungen werden." So sprach vor 70 Jahren ein Volksführer der damaligen Zeit in dieser Stadt.

„Innerlich", das ist es. Nur der disziplinierte, selbstbestimmte, dem Gemeinwohl verpflichtete Mensch kann heilend in unser gegenwärtiges Chaos eingreifen. Die Irrgeleiteten und Verirrten, wie wir sie aus den Chaostagen von Hannover oder der Love-Parade hier in Berlin kennen, können das nicht. Von ihnen ist keine Hilfe zu erwarten, sie sind selber hilfsbedürftig.

Sie hassen ihre Eltern, sie hassen ihr Volk, und sie hassen dessen angebliche Geschichte, denn die wahre kennen sie nicht. Hat jemals Haß glücklich gemacht? Nein!

Weil das so ist, deshalb kam Baldur Springmann auf die Idee, hier ein Freudenfest zu veranstalten. Wieso ein Freudenfest, fragte nicht nur ich angesichts der verzweiflungsvollen Lage unseres Volkes. Heute möchte ich antworten: Weil der Anfang vom Ende des Schreckens sich abzeichnet. Schon allein dadurch, daß diese Idee Wirklichkeit wurde, die Beharrlichkeit eines 91-jährigen hat es durchgesetzt.

Glaubt nicht denen, die uns eingeredet haben, Deutschland könne ruhig untergehen, das wäre kein Verlust. Liebe Landsleute, es kommt auf jedes Volk an, und im Augenblick vielleicht in besonderer Weise auf uns.

Als die Mauer zwischen Ost- und Westeuropa gefallen war, da kam aus dem fernen Georgien ein Philosophieprofessor zu uns, um einen Vortrag hier zu halten. Sein Thema war Nietzsche. Aber er begann seinen Vortrag mit einem Bild:

„Die Völker sind wie die verschiedenen Instrumente eines großen Orchesters. Jedes hat seinen Einsatz, und viele haben einen gewichtigen Solopart. Das Einsatzzeichen wird ihnen jeweils vom Dirigenten gegeben. Jetzt muß gleich das Einsatzzeichen für die deutsche Stimme kommen. Alles wartet gespannt. Der Dirigent wendet sich dem deutschen Instrument zu, gibt dessen Einsatzzeichen. Nun muß es doch kommen, doch was ist das? Lähmendes Entsetzen breitet sich aus: die deutsche Stimme erhebt sich nicht, schweigt! Alles energi-

sche Winken und Zeichengeben umsonst, die anderen Instrumente klingen bald chaotisch durcheinander, mehr und mehr von ihnen verstummen. Das Konzert ist nachhaltig gestört."

Mit einem leisen Vorwurf in der Stimme wandte sich der Georgier, Karen Svassjan, direkt an uns mit der Frage: Warum ergreift ihr eure Aufgabe nicht? Gerade wir kleinen Völker blicken schmerzhaft erwartungsvoll auf euch. Ihr wäret jetzt dran!

Völker, höret die Signale, es gilt die Internationale, die heute Globalisierung heißt, zu stürzen. Es gilt dem Volksgeist, auch dem deutschen, sein Recht zu verschaffen.

Liebe Landsleute! Ob die Welt eine andere, ob Deutschland auferstehen wird, das liegt wirklich an uns, das haben wir, die Menschen eines guten Willens, in der Hand. Denken wir noch einmal an das Löwenzahnpflänzchen, das sich so mühevoll durch den Asphalt gequält hat. Nehmen wir es uns als Vorbild und sprengen alles, was uns niederdrücken und vernichten will. Wir dürfen das in dem Bewußtsein tun, daß wir damit zugleich anderen, ebenfalls leidenden Brudervölkern helfen. Ich denke da insbesondere an die Palästinenser.

Hören wir endlich auf zu jammern und zu klagen. Besinnen wir uns auf uns selbst, auf unsere tausendjährige Geschichte, auf unsere Dichter und Denker, auf unsere Märchen und Lieder, und auf unser schönes Deutschland. Machen wir uns auf und singen gemeinsam:

„Und wenn wir marschieren, dann leuchtet ein Licht,
Das Dunkel und Wolken strahlend durchbricht."

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an deines Volkes Aufersteh'n;
Laß' diesen Glauben dir nicht rauben, trotz allem, allem was gescheh'n.
Und handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein
Das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär dein.

Johann Gottlieb Fichte

Prof. Dr. Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat

Da dieser für die Beurteilung der Lage in Deutschland unendlich wichtige Redetext nur schwer zugänglich ist (aufgezeichnet in „Der Parlamentarische Rat 1948 - 1949, Akten und Protokolle", Band 9, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München 1996, Seite 20 ff., im Archiv des Bundestages stehen die Protokolle gebunden im Büro von Günther J. Weller), werden daraus die wesentlichen Passagen nachfolgend wiedergegeben:

Prof. Dr. Carlo Schmid: Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, **der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann**, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt. **Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn**. ...

Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, **daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft;** denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus.

Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges**. Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, „inneren" Staatsfunktionen haben; wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, fehlt ihm, was den Staat ausmacht, nämlich die Kompetenz der

Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung. Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die Deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. .... Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das Deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der Deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer. .....

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte. Der Sieger muß also von dem Zustand der debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren, seinem Gebiet einstücken. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten, der Verknechtung des besiegten Volkes. Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein Deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das Deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. ...

Desorganisation des Staatsapparats ist ... nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach. ...

Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschuft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten. Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschuft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das Deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben.

Gestatten Sie mir hier ein Wort zum „Staatsvolk“. Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist!

Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte!

Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen!

Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. **Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist!**

Es gibt ein französisches Sprichwort. „On n'excuse pas le mal par le pire“ „Man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres.“ **Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu o r g a n i s i e r t werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich ...**

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: **Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte inner Deutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf Deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen.** ...

Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. .... Die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen. So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als „Recht“ anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen

Grunde, daß das Deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet. **Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor** - drücken wir es doch aus, wie es ist -, eine Art von negativem Plebiszit, durch das das Deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es **für Zeit** auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist. Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern **zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!** ...

Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der Deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. Ich glaube, sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. ...

Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte Deutsche Volk kann „volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. ...

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine Deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. ...

Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der Deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben Deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen. Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volksouveränität des Genehmigungspflichtigen !

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.

Also: Auch die jetzt freigegebene Schicht der ursprünglich voll gesperrten Deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz: **Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen,** es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber - was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde - Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden. **Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn „vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**

Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf Deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassungen effektiv und was nur **Literatur** ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt. Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schluß-Satz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt ist, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das Deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine „Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. **Aber das wäre dann Sache des Deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.**

Damit glaube ich, die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich

handelt. Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des Deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten .....

Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Voll-Staat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:

Erstens: Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: „an dem Tage, an dem eine vom Deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.“ (Sehr richtig!)

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen. Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil Deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren. ...

Kommentar: Artikel 146 Grundgesetz

Dieser Aufruf von Carlo Schmid an das Deutsche Volk, sich bei passender Gelegenheit von der Fremdherrschaft zu befreien und das Grundgesetz abzuschütteln, um wieder ein Staat zu sein, hat daselbst Eingang gefunden.

Artikel 146 des Grundgesetzes ist unmittelbar aus der Rede von Carlo Schmid hervorgegangen, dessen Formulierungsvorschlag übernommen wurde.

Es ist denkwürdig, daß der Wille zur Befreiung in Artikel 146 GG auch noch in der geänderten Fassung des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGB1. II S. 889, 890) zu Worte kommt. Die Schlußbestimmung des Grundgesetzes lautet heute wie folgt:

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte Deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem Deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Gemeinde Kleinmachnow
Der Bürgermeister

Durchführung pass- und ausweisbeschränkender Maßnahmen

25.07.2003

Sehr geehrter Herr Mahler,

in Anbetracht der von Ihnen beabsichtigten Aktion mit weiteren Begleitern im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (Polen) in der Zeit vom 29. – 31. Juli 2003, ergeht nach § 7 Abs. 1 und 2 des Paßgesetzes vom 19.04.1986 (BGBI. I, S. 537), in der derzeit gültigen Fassung, sowie § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Personenausweise in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.04.1986, in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 7 Abs. 1 des Paßgesetztes folgender

Bescheid:

1. Der Geltungsbereich Ihres Passes Nr. xxxx, ausgestellt am xxxx durch das Gemeindeamt xxxx, wird dahingehend beschränkt, daß dieser nicht für Reisen nach Polen gültig ist.
2. Ihr Personalausweis Nr. xxxx, ausgestellt am xxxx durch das Gemeindeamt xxxx, berechtigt nicht zum Verlassen der Bundesrepublik Deutschland über eine Auslandsgrenze.
3. Die Maßnahmen zu 1. und 2. gelten bis zum 1. August 2003.
4. Die sofortige Vollziehung der Maßnahmen 1 – 3 wird angeordnet.

Ein Verstoß gegen die oben genannten Anordnungen durch eine Ausreise oder den Versuch einer Ausreise in das oben genannte Land wird nach § 24 des Paßgeset-

zes mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft.

Begründung:

Nach den mir vorliegenden Informationen beabsichtigen Sie in der Zeit vom 29. bis 31. Juli 2003 mit weiteren Begleitern im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (Polen) eine Aktion, die geeignet ist, erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 Paßgesetzes zu gefährden. Dies ergibt sich nach Überzeugung der Paßbehörde aus folgenden Gründen:

Sie treten seit Februar 1999 in der rechtsextremistischen Szene der Bundesrepublik Deutschland auf. Sie sind seit Frühjahr 2000 einer der führenden Köpfe des „Deutschen Kollegs" (DK), der u.a. die Wiederherstellung des für das DK nach wie vor bestehenden, aber zur Zeit noch handlungsunfähigen „Deutschen Reiches" propagiert. Sie als Autor bezeichnen das „Deutsche Reich" als umfassende politische Einheit des deutschen Volkes in den Grenzen vom 31. August 1939.

Sie agieren gegen Juden und den Holocaust. In dem von Ihnen verfaßten und am 5. Februar 2003 verabschiedeten Verdener Manifest wird behauptet: „... wird das deutsche Volk Opfer eines von jüdischen Institutionen organisierten Seelenmordes, wie es ihn in der Geschichte noch nie gegeben hat. Täglich beschwören die Priester der Holocaustreligion den Tod von 8 Millionen in den von Adolf Hitler zu verantwortenden Konzentrationslagern gestorbenen Juden. Allein in Auschwitz sollen im Gas 4,5 Millionen des Auserwählten Volkes ums Leben gekommen sein. Wer diesen Vorwurf bestreitet, wird ins Gefängnis geworfen ... Der Befreiungskrieg setzt sich jetzt fort in Deutschland mit dem Angriff auf das Dogma von den 6 Millionen im Gas umgekommenen Juden." Auf der Homepage des o.g. „Deutschen Kollegs" werden von Ihnen die Juden für den Antisemitismus selbst verantwortlich gemacht. Der Haß auf Juden stelle sich als etwas ganz normales heraus.

Das Behördenzeugnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz weist aus, daß ein Vorkommando von Ihnen Video- und Fotoaufnahmen u.a. von Krematorien und Gaskammern in Auschwitz-Birkenau gefertigt hat. Die Zahl der im dortigen Konzentrationslager Ermordeten in Millionenhöhe wird von diesem Vorkommando in Frage gestellt und soll nach Ihren Aussagen Hintergrund für die beabsichtigte Demonstration sein. Es soll weiterhin die Fahne des „Deutschen Kollegs" gehißt und von Ihnen ein Manifest verlesen werden.

Somit sind Tatsachen belegt, wonach die o.g. von Ihnen verschiedenerseits propagierte Gesinnung mit hoher Wahrscheinlichkeit in Auschwitz-Birkenau im Rahmen der dort beabsichtigten Demonstration verbreitet werden soll. Diese umfaßt sowohl revisionistische Ansichten als auch eine äußerst antisemitische Haltung. Sofern es zu dieser Aktion käme, würde wohl das Judentum in Gänze als auch der polnische Staat (in seinen gültigen Grenzen) und somit die polnische Bevölkerung desavouiert. Der Veranstaltungsort verstärkt zielgerichtet diese Intension.

Unter dem Gesichtspunkt der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Vernichtung von 8 Millionen Juden würde die Durchführung der von Ihnen geplanten Aktion erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland i. S. d. § 7 Abs. 1 Nr. 1 PassG gefährden. Das internationale Ansehen und Vertrauen der Bundesrepublik Deutschland würde damit untergraben werden. Es könnte sowohl seitens der jüdischen als auch der polnischen Bevölkerung der Eindruck entstehen, daß die o.g. Gesinnung von Ihnen eine bei „den Deutschen" verbreitete Gesinnung wäre. Dies trüge zu einer Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland im Ausland mit erheblicher nachhaltiger Wirkung bei.

Auch wenn die Ausreisefreiheit als Ausfluß der allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG einen hohen Rang genießt, ist die Abwägung der erheblichen Belange der Bundesrepublik Deutschland der Vorrang einzuräumen. Dieser Schutz betrifft kein Individual-, sondern ein staatliches Interesse, das dem Schutz sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch der deutschen Bevölkerung dient.

Somit kann nach meiner Einschätzung davon ausgegangen werden, daß die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 PassG erfüllt sind. Nach § 7 Abs. 2 PassG ist daher der Reisepaß dahingehend zu beschränken, daß

Nicht nur Bäume

Nicht nur Bäume haben Wurzeln,
auch wir Menschen schöpfen Kraft
aus dem Land, dem wir verbunden,
aus der Heimat Mutterschaft.

Nicht nur Bäume tragen Früchte,
auch wir Menschen finden Sinn,
schenken unser Leben weiter,
geben uns für andre hin.

Nicht nur Bäume bilden Arten,
auch wir Menschen sind nicht gleich:
Völker, Rassen, Religionen
- hierdurch ward die Menschheit reich.

Nicht nur Bäume stehen aufrecht,
auch uns selbst gereicht´s zur Ehr´,
kund zu tun den eignen Standpunkt,
einzuknicken nimmermehr.

Holger Schleip

dieser nicht zur Einreise nach Polen berechtigt. Diese Maßnahme gilt bis zum 1. August 2003.

Weiterhin ist wegen der Erfüllung der Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 Nr. 1 PassG ausweisbeschränkende Maßnahmen nach § 2 Abs. 2 des Personalausweisgesetzes durchzuführen, wonach der Personalausweis nicht zum Verlassen der Bundesrepublik Deutschland berechtigt. Diese Maßnahme gilt bis zum 1. August 2003.

Von der Durchführung dieser Maßnahme wird, zur Speicherung dieser Beschränkung nach § 9 PassG im Grenzfahndungsbestand, die Grenzschutzdirektion Koblenz unterrichtet.

Aus Gründen des öffentlichen Interesses ordne ich nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 19. März 1991 BGBI. I Seite 686, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 BGBI. I Seite 3987, die sofortige Vollziehung dieses Bescheides an.

Damit entfällt die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist geboten und liegt im öffentlichen Interesse, da andernfalls eine Ausreise nicht verhindert werden kann. Eine Verhinderung der Gefährdung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland kann nur so gewährleistet werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift im Gemeindeamt xxxx Widerspruch einlegen. Der Widerspruch richtet sich gegen den Bürgermeister der Gemeinde xxxx.

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann nach § 80 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs beantragt werden. Der Antrag ist beim Verwaltungsgericht Potsdam ... zu stellen.

Wolfgang Blasig (Bürgermeister)

Leserzuschrift

Ein Leser schickte uns seinen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 17.07.2003. Wir zitieren daraus.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß im „Evening Standard“, London, S. 13 der Publizist A. N. Wilson am 10.02. an den Brigadegeneral a.D. James David und mit dessen Antworten ein eindrückliches Sündenregister Israels präsentiert. Genarl David hatte von 1967 bis 1970 auch teilweise aktiven Dienst im Mittleren Osten geleistet. Er wurde vom „Evening Standard“ folgendes gefragt: „Welches Land im Mittleren Osten besitzt allein Atomwaffen? Welches Land weigert sich, den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen und verwehrt internationalen Inspektoren den Zugang zu seinen Waffenarsenalen? Welches Land hat sich das souveräne Staatsgebiet anderer Nationen durch Militärgewalt genommen und ignoriert alle diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen? Welches Land hat bisher 69 UN-Resolutionen ignoriert, wobei es von den USA bei zwanzig dieser Resolutionen durch Veto im Sicherheitsrat unterstützt worden ist? Welches Land tötete einen hochrangigen Beamten der Vereinten Nationen? Welches Land riß die Häuser von 4.000 Palästinensern ein und vertrieb 762.000 Einheimische aus ihrem Land und verweigert ihnen, in ihre Heimat zurückzukehren? Welches Land bricht regelmäßig die Genfer Konvention, indem es kollektive Bestrafungen über ganze Städte und Dörfer verhängt? Welches Land setzte Massenvernichtungswaffen (z.B. die „smart bomb“) in dichtbewohnten Zivilgebieten ein, wobei fünfzehn Zivilisten, darunter nun Kinder, getötet wurden? Welches Land erhält von den USA kostenlos Waffen, die es an China, ungeachtet der US-Proteste, für teures Geld verkauft? Alle Fragen dieser leicht gekürzten Reihe wurden mit „Israel“ beantwortet.

Ergänzend hierzu folgende Fragen und Fakten:

Mußte Herr Jürgen W. Möllemann sterben, weil er die Politik Israels kritisierte? Muß man an eine Selbstmordtheorie trotz folgender Zitate glauben?

In der Illustrierten STERN vom 25.05.2003 wird Möllemann wie folgt zitiert: FDP-Chef Westerwelle sei bei seinem Israel-Besuch im Frühjahr vom Geheimdienst Mossad erpreßt worden. Am Abend des 23. November 2002 klingelte das Telefon des STERN-Reporters Jörgis. Am Apparat war Möllemann: „Ich, Jürgen W. Möllemann, rechne damit, daß mir der israelische Geheimdienst nach dem Leben trachtet.“

Bei einer Aktion des Regisseurs und „Aktionskünstlers“ Christoph Schlingensief in Duisburg wurde im Juni 2002 zur Ermordung Möllemanns aufgerufen. Kein Wunder also, daß die These vom Unfall oder Selbstmord nicht überall akzeptiert wird.

Angeblich beging auch Barschel Selbstmord. Dazu behauptet der ehemalige Mossad-Aktivist Viktor Ostrovsky in seinem Buch: Der CDU-Politiker Uwe Barschel wurde 1987 in Genf von israelischen Agenten ermordet.

Tatmotiv: Israel habe über schleswig-holsteinische Häfen einen illegalen Waffenhandel abwickeln wollen. Damit sei Barschel nicht einverstanden gewesen. Auch sei an das Attentat auf Adenauer erinnert, dem israelische IR-GUN-Terroristen ein Sprengstoffpaket schickten. Der Sprengmeister Karl Reichert starb, als er das Paket kontrollierte. Eine Gruppe „jüdischer Partisanen" hatte die Verantwortung für den Anschlag übernommen. Leider wird erst jetzt bekannt, daß Herr Friedman, ausgezeichnet mit dem Bundesverdienstkreuz, gefördert von den antideutschen Medien und Politikern, Auserwählter und Moralprediger, strafverfolgt wurde.

Nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Focus" prüft die Berliner Justiz Hinweise darauf, daß der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland auch Prostituierte zum Drogenkonsum animiert haben soll-

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" berichtet unter Berufung auf Ermittler, Friedman werde verdächtigt, als Freier ukrainischer Prostituierter diesen von seinem eigenen Kokain etwas angeboten zu haben. Auf die Spur Friedmans seien die Ermittler gekommen, indem sie das Handy eines Zuhälters abhörten und dabei die Identität der Anrufer abklärten. Einer der Anrufer soll den Angaben zufolge Friedman gewesen sein, der sich bei dem Zuhälter unter dem Synonym „Paolo Pinkel" gemeldet haben soll.

Friedmans Lebensgefährtin, TV-Moderatorin Bärbel Schäfer, wußte angeblich nicht, daß ihr Lebensgefährte Kontakt zu Drogen und zum Rotlichtmilieu hatte.

Zu jenen, die zur Vorsicht mahnten und die Berliner Staatsanwaltschaft kritisierten, gehören die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, CSU-Landesgruppenchef Michael Glos, der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, die SPD-Politiker Rudolf Scharping und Michael Naumann, die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) und die frühere Grünen-Chefin Claudia Roth.

Man fragt sich, ob das die Rechtsauffassung unserer Politiker ist. Ich bewerte diesen Standpunkt als Skandal. Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU, also der demokratischen Christen, plappert Zentralrats-Chef Spiegel schon seit Tagen nach, es handele sich hier um „Friedmanns Privatangelegenheit".

Wir lernen: „Zivilcourage" bedeutet neuerdings, nicht aufzumucken, wenn Leute sich mit schwerstkriminellen Frauenhändlern einlassen und an der körperlichen und seelischen Vernichtung junger ausländischer Mädchen-Sklaven mitwirken.

Haben unsere Politiker und Paolo Pinkel, der „Kunsthändler aus Mailand", noch nie davon gehört, daß die Ausländerinnen – wie jetzt im „Spiegel" wieder zu lesen – „durch einmalige, mehrmalige oder tagelange Vergewaltigungen, durch Drohungen, Schläge, Würgen oder Tritte gefügig gemacht worden seien".

Wissen die Politiker der etablierten Parteien denn nur, daß das Dritte Reich die Alleinschuld am Dritten Weltkrieg hat und wie man antideutsche Politik macht?

Fluch der Freiheit

In der Zeitschrift ZEITBÜHNE erschien ein Kommentar „Fluch der Freiheit" von Hans Crepaz. Ein Leser berichtete daraufhin von seinen eigenen Erfahrungen in Südafrika. Er möchte seinen Namen nicht angeben.

Ich habe Südafrika und Namibia drei Mal bereist, natürlich ohne Reisegruppe, denn so erlebt man Land und Leute hautnah. Dabei habe ich auch neben Weißen viele Schwarze der verschiedenen Stämme kennengelernt, die besonders in ländlichen Gebieten, wo sie keiner Hetzpropaganda ausgesetzt waren, freundlich, fröhlich und mit ihrer Situation nicht unzufrieden waren. 1991 konnte man spätabends durch die Anderly Street, die Hauptstraße Kapstadts, bummeln, mit wesentlich geringerem Risiko als in den meisten Großstädten Europas. Heute wäre das beinahe ein selbstmörderisches Unternehmen.

Nachdem der von Moskau gesteuerte ANC (African National Congress), geführt von Nelson Mandela und dem Chefideologen des ANC, Joe Slovo, ein sowjetischer KGB-Major bailtischer Abstammung (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Südafrikas, Mitglied des Führungsstabes des militärischen Flügels des ANC) das Land durch inszenierte Krawalle in den Townships wie Soweto, bei denen immer „zufällig" auch westliche Fernsehteams zugegen waren, wogegen bei den schrecklichen Halskrausenmorden durch Winnie Mandela und ihren Klüngel. bei denen regierungstreue Lehrer, Polizisten und Journalisten brutalst hingerichtet wurden, zufällig nie ein Fernsehteam dabei war, destabilisiert war, begann eine massive Verhetzungspropaganda für die schwarze Bevölkerung durch die ANC-Zeitschrift Sechaba, die in der DDR gedruckt wurde.

Eine sehr wirkungsvolle Desinformationspolitik überzeugte eine linkslastige Weltöffentlichkeit mit den dazugehörigen nützlichen Idioten davon, daß es für die armen Schwarzen, denen es in Südafrika trotz verschiedener Mängel noch immer bedeutend besser ging als in jedem schwarzregierten afrikanischen Staat, unerläßlich war, sie vom weißen Joch der Apartheid zu befreien. So wurde ein prosperierender Staat mit einer überwiegend zufriedenen Bevölkerung ins Chaos gestürzt. Die Saat der Gewalt ging auf und die Folge ist eine Kriminalitätsrate, die ihresgleichen sucht. Um der Kriminalität einigermaßen Herr zu werden, wurde die modernst ausgerüstete Highway-Police ins Lehen gerufen. Auszüge aus den entsprechenden Polizeiberich-

ten: Südafrika hat die höchste Todesrate hei Polizisten. 1996 wurden 350 Polizisten ermordet. In Johannesburg passieren im Schnitt täglich 30 bewaffnete Überfälle, die oft mit Mord enden. Täglich werden im Schnitt 35 Highjackings (Autoraub durch bewaffnete Banditen, wobei häufig der Fahrer als unbequemer Zeuge niedergeschossen wird) verübt, stündlich werden im Schnitt 4 Frauen vergewaltigt, im Vorort Pretoria (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Hauptstadt) ereignen sich monatlich durchschnittlich 1.500 Einbrüche trotz modernster elektrischer Sicherungsanlagen. Die Schlafraumzone ist nochmals mit starken Eisengittern gesichert, das ergibt im Ernstfall zwei Minuten Vorsprung zur Verständigung der Highway Police. Die Betroffenen sind froh, wenn sie zur Tatzeit nicht zu Hause sind, da die Einbrecher mit unvorstellbarer Brutalität zu Werke gehen. In Soweto mit 2 bis 3 Millionen Einwohnern, davon mehr als die Hälfte illegal, ist nur durch schwarze Polizei im Panzerwagen Streife zu fahren. In einem der größten Krankenhäuser holt der Ambulanzarzt in einer durchschnittlichen Freitagnacht rund 20 Kugeln aus diversen Überfallsopfern, stündlich geschehen zwei Morde, und Nacht für Nacht werden etwa 100 Gewaltopfer behandelt. Die Zustände in Alexandratown mit geschätzten 500.000 illegalen Einwohnern sind wesentlich ärger als in den Favelas von Rio.

Angesichts solcher Horrorzahlen gibt die rosige Zukunft am Kap Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen, verstärkt durch die Tatsache, daß sich allmählich ähnliche Tendenzen im SWAPO-regierten Namibia und Zimbabwe unter Präsident Mugabe zeigen, der es verstand, daß blühende landwirtschaftliche Exportland innerhalb von zwei Jahren in ein lebensmittelimportabhängiges Land zu verwandeln und dessen barbarisches Vorgehen gegen weiße Farmer und die eigene Opposition ohne Aufschrei der sonst so fleißigen Protestmarschierer über die Bühne ging. Mit dieser leider sehr bedauerlichen Entwicklung in Afrikas Süden bleibt uns wenig Hoffnung auf eine sinnvolle zielführende Hilfe.

Buchbesprechung

Ein weiteres Buch ist in diesem Jahr 2003 zum Thema 11. September erschienen. Aber dieses Buch geht weit darüber hinaus, indem es eine wirtschaftspolitische Analyse als Hintergrund des Einsturzes des WTC auf knapp 500 Seiten bringt.

Gerhoch Reisegger „Wir werden schamlos irregeführt!

Vom 11. September zum Irak-Krieg“, bei Hohenrain jetzt erschienen.

Man braucht sich nur das Inhaltsverzeichnis anzusehen, und die Hauptkapitelüberschriften zu lesen:

1. Der Krieg gegen den Irak
2. Inszenierter Terror – ein Vorwand?
3. Das Konzept vom Clash of Civilizations (CoC)
4. Die Lage der amerikanischen Wirtschaft
5. Das neue amerikanische Jahrhundert
6. Alternativen zur US-Politik
7. Anhang

Das Buch bringt eine unerhörte Fülle von Einzelinformationen, die unmöglich alle in einer Besprechung angeführt werden können. Wer etwas über so weit auseinander zu liegen scheinende Themen wie z.B. die „**UN-Resolution 1441 Zwischen Krieg und Frieden**“, oder „**Rußland und der eurasische Balkan**“ oder „**USA und China**“ oder „**Die Schulden der USA**“ oder „**Jobs, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, und was ist ein Beschäftigter?**“ oder „**Öl auf Euro-Basis?**“ oder „**Vom Freihandel zur Autarkie**“ oder „**Des Kaisers Traum**“ usw. usw. wissen möchte, der möge sich dieses Buch anschaffen.

In dem Kapitel „Alternativen zur US-Politik“ kommt Reisegger zu dem Ergebnis, daß zweierlei zu erkennen sei:

1. „Die USA haben offensichtlich den Zenit als Supermacht längst überschritten, ihre Macht ist bestenfalls noch eine materielle, aber längst nicht mehr legitimierte und geistig prägende.“

2. Für die Lösung der Konflikte im Nahen Osten, in Jugoslawien zwischen Serben und Albanern, und in all den anderen Weltgegenden, bedürfte es, wie übrigens auch für die wahre Gestaltung Europas, einer übersinnlichen Idee, eines Mythos jenseits der bloßen Ökonomie oder pragmatischen Zweckmäßigkeit. Weil diese Idee aber nicht existiert, sind alle auch so ratlos, wie es wirklich weitergehen sollte oder könnte.

„Wie sehr die USA ihre Stellung als Supermacht in der omnipolar gewordenen Welt nur noch durch die Ausübung von Gewalt behaupten können, ersieht man daraus, daß von den seit 1945 rund 200 geführten Kriegen die USA mit fast 70 Kriegen (ebenso wie England) am häufigsten in Erscheinung traten. *‚Der American way of life, der Ungeist amerikanischen Wesens, hingegen stößt auf immer breitere und radikalere Ablehnung.*‘“

Leider sagt Reisegger immer noch „American way of life“. Es ist der „American way of death“.

Wenn auch die Fülle der erschreckenden Beispiele usamerikanischer Gewaltanwendung, Lügen und technischer Vollmacht uns zu erdrücken drohen, es gibt dennoch die Idee von einer anderen, auf seelisch-geistigen Werten aufgebauten, Welt.

Als Fazit ergibt sich aus dem Buch von Gerhoch Reisegger die ganz schlichte Feststellung:

Kapitalismus und Demokratie müssen zwangsläufig zu den aufgezeigten Ergebnissen führen. Erstreben wir eine andere Welt, kann das nur ohne diese beiden, sich gegenseitig bedingenden Systeme, erreicht werden. Wer meint, innerhalb des Systems Veränderungen bewirken zu können, der irrt. Das System als solches muß abgelöst und überwunden werden durch eine Volksordnung und Volksgemeinschaft. **UHW**

Das System

Ein weiteres wichtiges Buch „zur Lage der Nation" ist „Das System" von Hans Herbert von Arnim. Folgender Auszug macht deutlich, wie stark die Parteienkratie oder Klassenherrschaft bei uns fortgeschritten ist. Dies System noch Demokratie zu nennen, ist grobe Irreführung. Man könnte es besser als gewählte Diktatur bezeichnen.

„Der Einfluß der politischen Klasse geht weit über die formale Macht zur Formulierung und Auslegung der geltenden Gesetze und zur Auswahl wichtiger Personen hinaus: Wer den Staat lange genug beherrscht, gewinnt allmählich auch Einfluß auf die gültigen Grundvorstellungen der Menschen und bestimmt immer mehr auch die Denkkategorien mit, nach denen Politik überhaupt wahrgenommen und beurteilt wird. Das hat der Soziologe Pierre Bourdieu überzeugend dargelegt: Die „Hauptmacht des Staates" (und der ihn beherrschenden politischen Klasse) besteht in der Macht, die Denkkategorien zu produzieren und durchzusetzen (vor allem mit Hilfe des Bildungssystems), die wir spontan auf jedes Ding der Welt und auch auf den Staat selbst anwenden". Beim Nachdenken über den Staat (und die politische Klasse) läuft man deshalb „immer Gefahr, staatliches Denken zu übernehmen, staatlich produzierte und geschützte Denkkategorien auf den Staat anzuwenden", den Staat und die politische Klasse also so zu verstehen, wie sie gerne verstanden werden möchten. Die politische Klasse hat die Einrichtungen, die unser politisches Denken prägen, insbesondere die gesamte politische Bildung, fest im Griff. Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Parteistiftungen und viele Volkshochschulen sind in ihrer Hand. Schlüsselpositionen der öffentlich-rechtlichen Medien werden nach Parteibuch bestellt. Kaum ein Schulleiter, der nicht auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten berufen wird. Die Schulen sind von der Freiheit der Forschung und Lehre, die das Grundgesetz verheißt, ausgeschlossen. Ihre Lehrpläne werden vom Staat und seinen Schulministerien vorgegeben. Nach staatlichen Ämtern streben in Deutschland seit eh und je auch Künstler und Intellektuelle in einem Maß, das in angelsächsischen Ländern unvorstellbar wäre. „Nicht nur der Universitätsprofessor (selbst an Kunst- und Musikhochschulen), auch der Generalmusikdirektor, der Staatsschauspieler, der Intendant des Staatstheaters und der Museumsdirektor füllen die Ränge der offiziellen Intellektuellen. Freie Publizisten, Journalisten, Schriftsteller und Künstler waren daneben höchst windige Existenzen. Ohne Amt hatten sie keine Würde." – Diese Amtsbesessenheit besteht auch heute noch und erleichtert es der politischen Klasse, die über die Ämter verfügt, Einfluß zu nehmen und ihre Denkkategorien, ihre Begriffe und ihre Tabus in weiten Kreisen durchzusetzen, Gewisse Annahmen und Vorstellungen, die die Legitimität der bestehenden Regierungsform begründen, werden auf allen diesen unmerklichen Wegen und Weisen so fest in den Köpfen der Menschen verankert, daß sie geradezu als selbstverständlich empfunden werden. Das gilt vor allem hinsichtlich der politischen Grundformel unserer repräsentativen Demokratie, daß sie eine Regierung durch und für das Volk sei. Und dieser Glaube an die Legitimität wird, bewußt oder unbewußt und unabhängig davon, ob der Glaube eigentlich berechtigt ist, immer wieder reproduziert. Zu allen Zeiten haben die Herrschenden die politischen Formeln, die ihre Herrschaft jeweils legitimierten, mit allen Mitteln gestützt und Kritik daran als Tabubrüche geahndet. Früher war das Gottesgnadentum des monarchischen Souveräns die legitimitätsspeisende Formel, heute ist es die so genannte Volkssouveränität. Der dadurch begründete Glaube an die Legitimität der jeweiligen Herrschaft erklärt letztlich auch „die Leichtigkeit, mit der die Vielen von Wenigen regiert werden". Entscheidend dafür, daß das gelingt, ist weniger der physische Zwang zur Durchsetzung von Gesetzen und anderen verbindlichen Entscheidungen, über den der Staat verfügt; bei massenhafter Verweigerung wäre das staatliche Gewaltmonopol kaum noch etwas wert. Viel wichtiger ist der Glaube der Menschen an die Legitimität der bestehenden Regierung und der Verfassungsordnung, auf der die Regierung beruht. Und dieser Glaube, diese gemeinsame Ideologie, ist auch heute die Basis der Herrschaft der politischen Klasse, welche durch ihren langen Arm fortwährend regeneriert wird." („Das System" S. 211 ff.)

Trost und Verkündigung

Auszug aus E.M. Arndt, Katechismus für den teutschen Kriegs- und Wehrmann, Letztes Kapitel, 1813.

„Ja, teutsches Volk, Gott wird dir Liebe und Vertrauen geben, und du wirst erkennen, wer du bist, und wer du sein sollst.

Dann wird die Welt erstaunen und ausrufen: Wie? Ist dies dasselbe Volk, dem man noch eben einen Strohwisch hinstellen konnte und sprechen: Dieser bedeutet einen Franzosen, dieser bedeutet einen Befehl Napoleons, und das sich davor bückte und stumm vorüberging?

Die Welt wird erstaunen; denn sie kannten dich nicht und wollten nicht wissen, wodurch das böse Verhängnis dieser Tage über dich gekommen.

Dann, wann solches geschieht und erscheint, wirst du wieder sein, was deine Väter waren, das Volk der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Begeisterung.

Dann ist der Hohn der Völker, die Schmach der Knechtschaft, die ganze lange Elendigkeit dieser matten Zeit vergangen.

Du blühest dann in Herrlichkeit, und deine Kinder werden in Herrlichkeit blühen.

Auf denn, teutscher Mann! Auf mit der Freiheit und der Treue gegen die Knechtschaft und Lüge! Auf mit dem alten teutschen Stolz, mit der Tapferkeit und Redlichkeit deiner Väter!"

Der schmutzige Krieg ums Öl

Das US-Verteidigungsministerium hat den Einsatz von international geächteter Napalm-Munition im Irak-Krieg als notwendig und legal gerechtfertigt. Zuvor sorgte das Bekanntwerden eines Dekretes für Aufregung. In der so genannten „Executive Order" hat George W. Bush alle Geschäfte mit irakischem Öl unter juristische Immunität gestellt. Kritiker schlagen Alarm: Nun können sich Ölkonzerne im Irak alles leisten.

Napalm

Flugzeuge der US-Marineinfanterie hätten die den Napalm-Bomben ähnlichen Feuerbomben vom Typ MK-77 mindestens einmal in der Gegend von Safwan an der irakisch-kuwaitischen Grenze abgeworfen, sagte ein Pentagon-Vertreter in Washington. Der Einsatz der Bomben sei ein geeignetes Mittel, um mit einem „schwierigen Feind" umzugehen und zugleich „das eigene Leben zu bewahren". Es gebe zudem keine internationale Konvention, die den Einsatz dieser Munition verbiete.

Nach Informationen der US-Zeitung „San Diego Tribune" verwendete die US-Marineinfanterie während des Vormarsches auf die irakische Hauptstadt Bagdad napalmähnliche Munition bei mindestens zwei weiteren Gelegenheiten zur Bombardierung zweier Brücken. „Die Generäle lieben Napalm", zitierte das Blatt den US-Oberst Randolph Alles. „Es hat einen großen psychologischen Effekt." Das ARD-Magazin „Monitor" hatte am Donnerstagabend (07.08.2003) berichtet, innerhalb von 30 Tagen seien 30 Kanister Napalm verwendet worden. Insbesondere seien die Brandbomben vom Typ MK-77 bei dem Vormarsch von Süden in Richtung Bagdad eingesetzt worden.

Die MK-77-Bombe ist eine Weiterentwicklung der von den USA im Vietnamkrieg eingesetzten Napalm-Bombe M-74. Die mit einem Gel-Gemisch aus Benzol, Benzin und Styropor gefüllten 250-Kilo-Bomben trudeln nach dem Abwurf ungelenkt auf den Boden und setzen beim Aufprall das brennende Gel über eine große Fläche frei. Bereits im Golfkrieg von 1991 verwendete die US-Marineinfanterie Experten zufolge rund 500 MK-77-Bomben gegen irakische Ziele.

Executive Order - Wild West in Irak

Erst kürzlich waren die USA in die Kritik geraten, nachdem eine Tochter des Ölkonzerns Halliburton im März den Zuschlag für die Aufbauarbeiten im Irak erhalten hatte. Halliburton wurde zwischen 1995 und 2000 von US-Vizepräsident Dick Cheney geleitet.

Doch nun werden US-Ölfirmen durch ein Dekret rechtlich quasi völlig immunisiert. Der Wortlaut des Dekrets: „Jeder ... Gerichtsprozess ist verboten und soll für null und nichtig erklärt werden in Hinsicht auf folgende: (a) den Entwicklungsfonds für Irak und (b) irakisches Öl und alle irakischen Ölprodukte und Beteiligungen daran sowie Umsätze, Obligationen und jedes finanzielle Instrument welcher Art auch immer, die mit dem Verkauf und der Vermarktung dessen verbunden sind, Beteiligungen daran, an denen ein fremdes Land oder ein Bürger dessen irgendeinen Anteil hat, die in den Vereinigten Staaten sind, in die Vereinigten Staaten kommen oder sich jetzt oder später im Eigentum oder unter Kontrolle einer US-Person befinden."

Aus diesem Dekret geht die absolute Straffreiheit amerikanischer Ölkonzerne und anderer Geschäftsleute bei allen Transaktionen im Zusammenhang mit irakischem Rohöl und Ölprodukten hervor. „Die Leute sagen, Irak ist ein Dschungel", sagte der Rechtsprofessor Jamin Raskin gegenüber der „LA Times": „Dies Dekret macht das zum Gesetz."

(Quelle: www.freenet.de)

„Mein Glaube an Reinkarnation und Karma sind vollkommene Kontrollmechanismen für alles, was ich tue, sage, schreibe. Ich glaube in meinem Herzen, daß ich völlig unschuldig gegenüber all diesen Anklagen bin. Das scheußliche Zeug in der Presse ist reiner Charaktermord – und ich werde es der ‚kosmischen Polizei' überlassen, sich mit denen zu befassen, die mich quälen. Ich glaube, daß alle diejenigen, die mich so lange so gnadenlos gehetzt haben, ihre gerechte Strafe bekommen. Nicht durch mich. Ich habe nicht den Haß oder den Durst nach Vergeltung und Rache, von dem sie verzehrt werden – ich habe ihn einfach nicht in mir, so zu sein ..."

„Ich weiß, daß ich ein Mann bin, der ein Schicksal zu erfüllen hat. Ich weiß, daß ich vor meinen Millionen ‚Zündelisten' nicht versagen darf, und vor allem muß ich mich meinen Helden und Vorbildern würdig erweisen. Es ist mir voll bewußt, was ich geworden bin. Ich weiß nicht, wohin es führen wird. Meine Zukunft ist in kosmischem Nebel verhüllt, und meine normalerweise klarsehende Natur findet mein Schicksal in seelisches Gleichgewicht gebettet. So warte ich, schreibe, denke und plane die Strategie für Verteidigung und Angriff. Ich habe ein reines Gewissen. Ich habe nie Gewaltsamkeit befürwortet, sie nie unterstützt, immer davor gewarnt – ich bin erstaunt, was da vor sich geht ..."

Ernst Zündel

„Funkwellen und ihre destruktiven Begleiter ..."

„Nach dem Vorbeugeprinzip sind die Behörden verpflichtet, die Bürger vor den potentiell schädlichen Auswirkungen elektromagnetischer Felder zu schützen." So die Einleitung zu einem Bericht über „Elektromagnetische Felder und Gesundheit" der Wissenschafts-Generaldirektion STOA, einer Kommission, die zur Abschätzung von Technikfolgen vom Europäischen Parlament eingesetzt wurde, veröffentlicht im Februar 2001. Hier einige Auszüge aus dem Themenpapier.

Zum Thema Schädigung durch Elektrosmog kommentieren die Wissenschaftler unter anderem: „Die Zellen lebender Organismen weisen eine natürliche elektrische Ladung auf, die für ein normales Funktionieren menschlicher Gewebe unerläßlich ist und bereits auf sehr schwache elektromagnetische Felder anspricht." Hierdurch könnten Moleküle verlagert und beschädigt werden und Kettenreaktionen auf molekularer Ebene passieren. Die elektrische Stabilität des Organismus würde verändert und die Polarisation der Zellen beeinträchtigt. Diese daraus resultierende Disharmonie könne unter anderem zu weiteren Abweichungen der hormonellen Aktivität führen und „das Verhalten von Krebszellen verändern".

Nach einer Aufzählung verschiedener Elektrosmogemittenten unseres Alltags kommen die Wissenschaftler zu dem Schluß: „Die Hauptquellen sind Mobiltelefone und Basisstationen, die eine hochfrequente Strahlung aussenden."

Am schadensauslösenden Mechanismus seien freie Radikale beteiligt, welche „Eiweiße und Zellmembranen beschädigen, Gene und DNA verstümmeln und den Spiegel von Antioxidationshormonen wie Melatonin senken". Außerdem würden enzymatische und biochemische Prozesse beeinträchtigt, und es sei erwiesen, daß sich die Histaminfreisetzung unter Einwirkung von Funkstrahlen verdoppelt.

„Funkwellen und ihre destruktiven Begleiter, die freien Radikale, bringen den Kalziumspiegel des Körpers durcheinander, und zwar vor allem im Zentralnervensystem, im Gehirn und im Herzen." Das wirke sich auf das Zellwachstum, die Zellproduktion und –teilung aus und auf die Signalübermittlung zwischen dem äußeren Teil der Zelle und dem Zellkern im Innern.

Zum Thema Mobilfunk-Basisstationen: „Die Exposition erfolgt unfreiwillig ... Die wissenschaftlichen Informationen zu den gesundheitlichen Risiken sind unzureichend ... Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Technologie eine gefürchtete Krankheit wie Krebs verursachen kann."

Zum Thema Hochspannungstrassen wird wegen der Bedenken eines erhöhten Krebsrisikos erwähnt, daß „solche Leistungen Ladungsträger erzeugen, die sich an in der Luft vorhandene Schadstoffpartikel binden". So komme der Mensch in Kontakt mit den hier konzentrierten schädlichen Substanzen, z.B. Auspuffgasen.

Zum Thema Selbstschutz wird die kumulative Wirkung von elektromagnetischen Feldern angesprochen. Der Körper könne einer bestimmten Strahlungsmenge standhalten. Weitere Belastungen, beispielsweise durch Funkeinflüsse, Hochspannungsleitungen oder geopathische Einwirkungen wie Wasseradern, könnten „daß Faß jedoch zum Überlaufen bringen".

Jede toxische Quelle stelle eine zusätzliche Belastung dar, die den Körper destabilisiert. „Nichts läßt sich ausschließen. Daher dürfen wir nichts unversucht lassen, um die Gesamtbelastung zu reduzieren und zugleich die Vitalität und das Immunsystem des Körpers zu verbessern."

Maßnahmen zum eigenen Schutz: „Die Benutzung von schnurlosen und Mobiltelefonen einschränken ... Sich nur dann in die Nähe des Mikrowellenherdes begeben, wenn dies erforderlich ist ... Kinder nicht zu dicht vor den Fernseher oder Bildschirm ... Nicht in dem Teil des Hauses schlafen, der unter Freileitungen, Funkstrahlen usw. liegt... Geräte meiden, die auf Funkstrahlen angewiesen sind oder Strahlung jeglicher Art aussenden... Bei Elektrogeräten den Stecker aus der Steckdose ziehen, wenn sie nicht in Betrieb sind."

Weitere Maßnahmen zur Senkung des Risikos von Handytelefonierern: „Benutzen Sie Mobiltelefone nur, wenn kein Festnetztelefon in der Nähe ist... Ziehen Sie den Einbau einer Autofreisprechanlage in Betracht... Benutzen Sie ein Handy nach Möglichkeit im Freien, damit es mit geringerer Leistung senden kann... Schränken Sie die Zahl und Dauer Ihrer Anrufe ein."

Die Autoren zur Macht der Information mit Beispielen, wie die Industrie wichtige Forschungsergebnisse zurückhält und ihren Einfluß auf die Politik ausübt: „Wie die Debatten um Tabak, BSE und die globale Erwärmung zeigen, ist die Wirtschaft nicht geeignet, Erkenntnisse der Wissenschaft tatenlos hinzunehmen, wenn sie an die Gewinne gehen. Was sich in der Bilanz gut ausmacht, ist nicht immer auch der Volksgesundheit zuträglich."

Autoren:
Prof. Dr. Federico Brucciani
Dr. Graham Chambers
Weitere Informationen:
STOA, Europäisches Parlament
L – 2929 Luxembourg
Komplettes Original im Internet:
www.europal.eu.int

Auszüge zusammengestellt von Wolfgang Maes

Deutschland ist Wunschziel Nummer 1

Zeichen der Aussöhnung – Abstimmung der besonderen Art: Zum ersten Mal in der Geschichte hat Deutschland im Jahre 2002 sogar mehr jüdische Zuwanderer auf Dauer bei sich aufgenommen, als der Staat Israel und die Vereinigten Staaten von Amerika. Genau 19.262 Menschen und deren Familien siedelten aus den sogenannten GUS-Ländern, also aus dem früheren Herrschaftsbereich der Sowjetunion, hierher über. Israel indessen verzeichnete 18.878 Zuwanderer und die USA nur knapp 9.700.

Seit 1991 siedelten fast 170.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland über. Somit kletterte die Zahl jüdischer Bürger hierzulande sprunghaft: Während es 1991 nur knapp 33.000 waren, leben nun erstmals wieder mehr als 200.000 Juden in Deutschland.

Von dieser seiner Meinung nach sehr bemerkenswerten Entwicklung zeigt sich neben anderen auch der Leiter des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Potsdam, der Geschichtsprofessor Julius Schoeps, angenehm und „in höchstem Maße" überrascht. Er macht die Öffentlichkeit in der Zeitung „Aufbau" der jüdischen Gemeinde in New York mit den näheren Einzelheiten bekannt.

Erstmals in der 120jährigen Auswanderungsgeschichte der russischen Juden strebe eine zunehmende Mehrheit nicht in die klassischen Aufnahmeländer, sondern erstaunlicherweise geradewegs in das „Problemland Deutschland". Vordergründig betrachtet, schreibt Schoeps, scheine die Geschichte dadurch auf den Kopf gestellt zu werden. Doch der jetzt erkennbare Trend werde sich sogar noch verstärken. Denn:

- Mindestens 1,5 bis 1,6 Millionen jüdische Bürger leben derzeit noch im heutigen Rußland und den angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken.
- Konkret gut 70.000 Auswanderungsanträge liegen den dortigen Konsulaten gegenwärtig vor.
- Und: Ein Großteil der 1,5 bis 1,6 Millionen Menschen jüdischer Herkunft trägt sich mit dem Gedanken, die jetzige Heimat zu verlassen und überwiegend nach Deutschland sowie vornehmlich nach Israel oder in die USA überzusiedeln.

Die Zeit, da Juden in Deutschland „auf gepackten Koffern saßen", ist für Schoeps nun endgültig Vergangenheit. Nach Ansicht von Beobachtern spielt er damit offenbar kritisch auf häufig wiederholte gegenteilige Äußerungen der Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel und Ignaz Bubis, sowie des Vizepräsidenten Michel Friedman an.

Spiegel, unlängst für sein Engagement um Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen mit dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet, warnte erst jüngst – in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau" vom 26. Mai 2003 – abermals vor einem „neuen Antisemitismus". Weil der einst von SPD-Kanzler Gerhard Schröder verlangte „,Aufstand der Anständigen' so gar nicht statt gefunden" habe, müsse man den antijüdischen „Aufstand der Unanständigen" entschlossen bekämpfen, zumal sich der Nahost-Konflikt mit Gewalt und Terror längst auch in Europa fortsetze.

(entnommen Westfalen-Blatt, 31. Mai/1. Juni 2003)

„Die geschichtliche Unwissenheit hierzulande ist erschreckend. Das Volk von Amerika muß angeleitet werden, die historische Perspektive der heutigen Vorgänge und Dramen zu begreifen. Das heutige Rußland ist den Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht weit voraus – und tatsächlich bin ich diejenige, der es gelang, die ersten revisionistischen Seminare in Rußland in einer Lehrerakademie anzustoßen, eine Aufgabe, die ich hier, in unserem sogenannten „Land der freien Meinungsäußerung", nicht bewältigen konnte. Das Rußland von heute fürchtet die umstrittene geschichtliche Wahrheit nicht. Rußland heißt unbestechliche Wissenschaft willkommen.

Einer meiner russischen revisionistischen Briefpartner, ein Professor, nannte Ernst und mich in einem Beileidsschreiben im Zusammenhang mit der brutalen Festnahme meines Mannes „Amerika Refusenkis" und versprach seine Solidarität. Ich meine, das ist eine passende Beschreibung. Wir weigern uns, uns vorschreiben zu lassen, wer unsere Freunde sind und wer unsere Feinde. Wir weigern uns, unser Recht auf freie Rede aufzugeben. Wir weigern uns, vorfabrizierte Geschichte ... zu schlucken – Lügen, die zu einem intellektuellen Würgegriff gegen jedes westliche Land geworden sind. Wenn wir unrecht haben, dann laßt uns eine zivilisierte Debatte vor einem angesehenen nationalen Forum haben, wo beide Seiten ihre Argumente und Beweise vortragen können – und laßt das Volk entscheiden. Die Wahrheit braucht kein Regierungsgesetz, um gültig zu sein!"

Ingrid Zündel

Das war Preußen

„Wie kommen wir Menschen dazu, große Pläne auszubrüten, die so viel Blut kosten? Wir wollen leben und leben lassen! ... Ein Regent muß seinen Beruf darin sehen, so viel es in seiner Macht liegt, menschliches Elend zu heilen. Ein Fürst ist für sein Volk, was das Herz für den Körper ist. Er empfängt Blut von allen Gliedern und treibt es zurück bis in die äußersten Spitzen."

Gesprochen hat diese Worte Friedrich der Große, König von Preußen, von seinem Volk – über Generationen hinweg – liebevoll „der alte Fritz" genannt.

Nachzulesen ist dies Königsbekenntnis des Alten Fritz in dem sehr lesenswerten Buch von Joachim Fernau „Sprechen wir über Preußen – Die Geschichte der armen Leute". (ISBN 3-548-22336-2, Ullstein-Verlag)

Wer über das wahre Preußen, seine Könige, seine Geschichte und den echten Wert dessen, was Preußentum ist, gut unterrichtet werden möchte, sollte Fernaus Buch nicht nur aufmerksam, sondern öfter lesen. Er wird sehen, daß der Zeitgeist diesen großen König und sein Volk mehr als verzerrt darstellt, ob aus Angst vor seinem Vorbild, aus Bösartigkeit oder Unkenntnis sei dahingestellt.

Fernau zeigt, daß Preußen und seine Fürsten und Könige, insbesondere der Alte Fritz, zwar militärisch, aber nicht kriegerisch waren. Und immer dann, wenn Preußen in Kriege gezwungen wurde, zeigten sich Preußen und seine Könige als milde und maßvolle Sieger. Friedensverträge a la Versailles gab es bei ihnen nicht.

Fernau verschweigt nicht, daß auch Fürsten und Könige nur Menschen mit Schwächen und Stärken sind. Aber Fernau macht überzeugend klar, daß Recht und Ordnung, Frieden und Wohlergehen und Freiheit, im besten Sinne dieser Worte, zum Anliegen der Herrscher Preußens zählten, wobei Friedrich der Große seine Vorgänger und Nachfolger weit überragte.

Preußen, so Fernau, war das erste Land seiner Zeit, in dem die Leibeigenschaft abgeschafft, Glaubens- und Religionsfreiheit eingeführt, und Unabhängigkeit der Gerichte verfügt, die Einrichtung von Schulen Vorrang erhielt, Meinungs- und Pressefreiheit ihren Anfang nahmen, Städte und Gemeinden Ordnungen erhielten, welche zum Aufblühen führten, Toleranz gegenüber Verfolgten aus fremden Ländern selbstverständlich war, gleichzeitig die Sicherheit des Landes durch ein stehendes Heer – hervorragend gedrillt und von höchster Disziplin – gewährleistet wurde.

Der große ALTE FRITZ war ein Herrscher von Geistes Gnaden mit einem Herzen voller Güte und Menschlichkeit. Bei all seiner Größe war er Mensch unter Menschen. Das bewies er viele Male im Fronteinsatz. Er schlief wie seine Soldaten, und mit ihnen auf der Erde, er machte seinen Landsern am Lagerfeuer Platz, und bei Sturmangriffen trug er die Fahne und ging in vorderster Front mit seinen Soldaten gegen den Feind.

Sein Arbeitstag begann – täglich – um vier Uhr früh und fand, wenn überhaupt, spät am Abend eine Unterbrechung.

Das ungewöhnliche Maß seiner Menschlichkeit zeigte sich u.a. darin, daß er, der Protestant, katholische Gottesdienste besuchte und sich zwischen den normalen Kirchenbesuchern niederließ. Er ließ von den Kanzeln verkünden, man dürfe nur vor Gott knien, nicht vor ihm!

Und seinen Generalen gab er geheime Tagesbefehle z.B. folgenden Inhaltes: „Sollte ich vom Feinde gefangen werden, so verbiete ich, daß man auf meine Person die geringste Rücksicht nimmt. Sollte ich aus meiner Haft etwas anderes schreiben, so ist das null und nichtig. Kein Lösegeld! Ich bin bereit, mich für den Staat zu opfern. Mein Bruder soll an meine Stelle treten."

Fernau zu diesem Tagesbefehl: „Lesen Sie es noch einmal und denken Sie an heute."

Und man lese auch und immer wieder, was der große König der Preußen, der Alter Fritz, zu den Steuern sagte: „Bei den Steuern müssen Billigkeit und Menschenfreundlichkeit mitsprechen. Wer nur hundert Taler im Jahr zu verzehren hat, soll nicht mehr als zwei abgeben. Wer aber tausend hat, kann gut hundert zahlen."

Der Alte Fritz, der unter seinem Vater, dem Soldatenkönig, eine harte Kindheit und Jugend durchleben mußte, war und blieb Zeit seines Lebens ein Mann mit bescheidenen persönlichen Ansprüchen. Seine Kleidung war einfach und abgetragen. Seine Königskutsche war 40 Jahre alt. Er aß und trank wenig. Dafür liebte er die Musik und die französische Sprache, die er besser als Deutsch beherrschte.

Er hatte eine Schwäche für den Franzosen Voltaire, den er für einen großen Geist mit einer kleinen Seele hielt. Denn Voltaire, dem Friedrich der Große großherzig entgegengekommen war, entpuppte sich als Agent des französischen Geheimdienstes und auch persönlich als ein zwielichtiger Charakter.

Den einzigen Luxus, den sich dieser große Preußenkönig leistete, war sein kleines Schloß Sanssouci. Dort ging er, der große, alte, jedoch einsame Mann seinen beiden Neigungen nach, so sein Arbeitspensum das erlaubte: seinem Flötenspiel und seinen Hunden.

Von seinem Volk wurde er geliebt und in einer Weise verehrt, die ohne Beispiel sein könnte. Wenn er allein, ohne Leibwächter, durch Berlin zu seiner Schwester ritt, war sein Weg von unzähligen Menschen gesäumt, die Männer zogen ihre Hüte, und alle, Männer, Frauen und Kinder, huldigten ihm, ihrem großen König, unserem Alten Fritz, in ergriffener Stille und tief dankbaren Herzens.

Aber so groß dieser König der Preußen, so groß auch sein preußisches Volk. Denn als seine gutmeinenden Nachfolger ihm das Wasser nicht reichen konnten, blieben seine Preußen ihm treu: In der ihrem König eigenen Kargheit bewahrten sie seinen Geist, so daß ihre Armut von Innen einen großen Glanz empfängt. (Joachim Fernau)

Joachim Fernau schließt sein Buch mit folgenden Worten:

„Preußen ist mit Würde untergegangen. 1871 hat es sein

kleines Licht gelöscht, als das größere (das Deutsche Reich) entzündet wurde. 1945 ist es einen Soldatentod gestorben; es wurde von den Konquistadoren erschossen. Nicht im Kampf, sondern auf dem Sandhügel. Seine letzten Worte, wenn es hätte sprechen können, wären die Worte von Andreas Hofer gewesen: ‚Ach, wie schießt ihr schlecht.'"

Walter Krüger

Folter und Geheimdienstterror

Anders als die offizielle Propaganda behauptet, besteht die Hauptaufgabe der Geheimdienste nicht in der Sammlung und Auswertung von Informationen, sondern in der Bekämpfung des politischen Gegners. Dabei wird präventiv vorgegangen, es werden Personen so früh wie möglich bearbeitet. Dadurch soll verhindert werden, daß politisch oppositionelle Handlungen entstehen oder verbreitet werden.

Neben vielen anderen Eingriffen in das Leben werden bei der Bearbeitung von Untertanen Radiofrequenzwaffen eingesetzt. Das Nervensystem verwendet elektrische Signale und Botenstoffe bei der Übermittlung von Reizen. In diese elektrischen Vorgänge kann von außen durch elektromagnetische Strahlung eingegriffen werden. Dabei wird die Hochfrequenzstrahlung an der Zellmembran wie in einem Radioempfänger gleichgerichtet. An der Zellmembran liegen also Spannungsschwankungen an, die der Modulation des Senders entsprechen. Wenn diese Spannungsschwankungen ähnlich den natürlichen elektrischen Vorgängen in der Zelle sind, also von der Zelle „verstanden" werden können, werden die natürlich ablaufenden Vorgänge in der Zelle durch diese Störung beeinflußt. Das hat eine Veränderung der Ausschüttung von Botenstoffen zur Folge. Auf diesem Wege stören Radiofrequenzwaffen das Nervensystem und lösen vielfältige Krankheitssymptome und Foltereffekte aus.

Personen werden durch den Einsatz von Radiofrequenzwaffen krank gemacht, um ihre Existenz zu zerstören und so ihren Wirkungskreis zu verringern. Versucht wird: Schlafstörungen (Wachschießen), Störung der Konzentrationsfähigkeit, Schwäche und Antriebslosigkeit (in den 30er Jahren gab es die Bezeichnung Kurzwellenkater), Autoimmunerkrankungen (z.B. Allergien), Sehstörungen, Schwindel, Einspielen von Tönen und Sprache, Schmerzen, Störungen von Herz und Kreislauf, hoher Blutdruck, Schlaganfall und vieles mehr. Wer von Arzt zu Arzt rennt, um vermeintlich natürliche Ursachen dieser Waffeneffekte zu suchen und behandeln zu lassen, ist mit sich selbst beschäftigt und so erfolgreich vom Staat abgeschaltet worden. In den meisten Fällen werden Radiofrequenzwaffen verdeckt eingesetzt, dem Opfer soll verborgen bleiben, daß es das Ziel von nachrichtendienstlichem Terror ist.

Findet offener Terror statt, wird exzessiv gefoltert. Geheimdienstler und Spitzel sprechen Morddrohungen aus und weisen auf die gezielte Verursachung der Foltereffekte hin. Der Staat möchte jeden innerhalb kürzester Zeit zum Schweigen bringen können.

Über die Waffenwirkung von Radiofrequenzstrahlung kann man sich hier informieren: http://www.totalitaer.de

(aus dem Mobilfunk-Newsletter 03.06.2003 von Klaus Rudolph)

Ankündigung

Im Oktober, November und Dezember bieten wir je ein Wochenendseminar zur Einführung in Denken, Staats- und Geschichtsphilosophie von Georg Wilhelm Friedrich Hegel an.

Dieser, einer der größten Philosophen Deutschlands, ist viel zu wenig bekannt. Ein wirkliches Verständnis des zugegebenermaßen nicht leicht verständlichen Textes läßt sich am besten im gemeinsamen Bemühen unter kundiger Anleitung erwerben. Es handelt sich dabei nicht um ein ausgefallenes Steckenpferd, sondern um die Befähigung zu einem wirklichkeitsbezogenen Handeln für die Volksgemeinschaft.

Wer dies als seine Aufgabe erkennt, kann sich bitte in unserem Büro unter der angegebenen Anschrift nach Einzelheiten erkundigen.

Termine

17.-19. Oktober

21.-23.November

12.-14. Dezember

Finanzielle Förderung

Für die verschiedenen in diesem Heft dargestellten Aufgaben und Tätigkeiten brauchen wir dringend zusätzliche Spenden, insbesondere auch, um jüngeren – oft arbeitslosen – Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Für jede Förderung sind wir dankbar. (Stichwort : Seminararbeit)

Mit bestem Dank

Für das COLLEGIUM HUMANUM

Ursula Haverbeck

„Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden: Er muß Mut haben, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; die Klugheit, sie zu erkennen, obwohl sie allenthalben verhüllt wird; die Kunst, sie handhabbar zu machen als eine Waffe; das Urteil, jene auszuwählen, in deren Hände sie wirksam wird; die List, sie unter diesen zu verbreiten."

Bert Brecht

Wir singen: „Einigkeit und Recht und Freiheit".

Um zur Einigkeit zu gelangen, bedarf es der Brüderlichkeit, Recht setzt Wahrheitsliebe voraus und die Opferbereitschaft bis hin zum Lebensopfer.

Brüderlichkeit, Wahrheitsliebe und Opferbereitschaft gilt es zu entwickeln und zu üben. Sie „sind des Glückes Unterpfand".

„Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein."

Friedrich Schiller, Wallensteins Lager)

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe EUR ______________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 11 65, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel. + Fax: 04261 / 31 06
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Herforder Str. 40, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 87 18-250, Fax: 05733 / 87 18-255

Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.